

BERICHTE

BRIGITTA HERRMANN

DIE FINANZKRISE ALS SOZIALETHISCHE HERAUSFORDERUNG.

Bericht über das elfte Werkstattgespräch der Sektion „Christliche Sozialethik“ in der Internationalen Vereinigung für Moraltheologie und Sozialethik (22.–24.2.2010) in Berlin

Im Mittelpunkt weltweiter Debatten standen Anfang 2010 die Herausforderungen, die sich aus der seit 2008 bestehenden Finanzkrise ergaben. So beschäftigten sich auch die Sozialethiker/-innen in ihrem Werkstattgespräch vom 22. bis 24. Februar 2010 in Berlin mit den sozialetischen Herausforderungen der Krise. Geplant hatte die Tagung das Vorbereitungsteam Joachim Wiemeyer, Gerhard Kruip, Bernhard Emunds, Brigitta Herrmann und Clemens Dölken. Organisiert wurde sie von dem Leiter der Arbeitsgruppe, Markus Vogt.

1 IST GELD HEUTE GOTT?

In seinem Einleitungsreferat fragte der Dogmatiker *Aloys Halbmayr* (Salzburg), ob Geld der neue Gott unserer Zeit sei. Geld habe neben den ökonomischen Funktionen als Tauschmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Recheneinheit auch transökonomische Funktionen übernommen. Aufgrund der Zuschreibung von Allmächtigkeit, Ewigkeit, Transzendenz, Sinnstiftung und des Versprechens von Heil und Sicherheit sei Gott durch das Geld als zentrales „Leitmedium“ der Moderne abgelöst worden. Die Herausforderung bestehe deshalb darin, gegenüber den Ersetzungen Gottes seine Unersetzbarkeit zu benennen. Während eine funktionale Identität der Referenz bestehe (beide verweisen auf das Gleiche), sei die materiale Differenz der Bedeutung festzuhalten. Geld und Gott seien nicht auf derselben Ebene. *Michael Schramm* (Hohenheim) widersprach der These der formalen Identität von Gott und Geld. Es habe schon immer Menschen gegeben, die ihr Herz nur an eine Sache, z. B. Geld, gehängt hätten. Dies sei pathologisch, da weder das Geld religiöse noch Gott ökonomische Probleme löse. Als Problem des modernen Kapitalismus stellte er dagegen die zunehmende Virtualität des Geldes bzw. der Wirtschaft heraus. Das ursprünglich konkrete Geld (Gold) werde immer digitaler und virtueller bis hin zu sogenannten Collateralized Debt Obligations (CDOs), in denen Kredite mit hoher Ausfallwahrscheinlichkeit zusammen mit Krediten geringer Aus-

fallwahrscheinlichkeit in einem Wertpapier verbunden werden. Diese Papiere wurden dann, entgegen ihrem tatsächlich hohen Risiko, als Papiere mit guter Bonität, also geringem Ausfallrisiko, von Ratingagenturen eingestuft. Experimente belegen zudem, dass die Wahrscheinlichkeit betrügerischen Verhaltens steigt, wenn die Tauschbeziehungen nicht unmittelbar sind.

2 SOZIALENZYKLIKEN IN DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE

Hermann-Josef Große Kracht (Darmstadt) verglich die beiden in Weltwirtschaftskrisen veröffentlichten Sozialenzykliken *Quadragesimo Anno* (1931) und *Caritas in Veritate* (2009). *Quadragesimo Anno* verweise auf das prinzipielle Ungenügen der Wirtschaft und weise deshalb dem Staat die Rolle als Rechts- und zugleich als Wohlfahrtsstaat zu. Er habe die notwendigen Grenzen festzulegen, in denen sich Markt und Wettbewerb entfalten dürfen. Es müsse sichergestellt werden, dass sich die Menschen als Lohnarbeiter im Wirtschaftsleben entfalten können und dabei einen gerechten Lohn erhalten. *Caritas in Veritate* stelle als zentrales Problem die moralische Verfassung des modernen Menschen sowie den Zusammenhang von Liebe und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. In der aktuellen Situation zunehmender Mobilität des Finanzkapitals konstatiere die Enzyklika den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, weise aber lediglich darauf hin, dass eine neue Wertbestimmung der Staaten vorzunehmen sei. Eine kritische Auseinandersetzung mit den strukturellen Ursachen der wirtschaftlichen Probleme sowie eine Ethik des Eigentums seien kaum entfaltet. Der Akzent liege auf einer dogmatisch rückgebundenen Tugendethik, was einen Bruch zur Tradition der Sozialenzykliken darstelle. Es könne also zukünftig möglicherweise festgestellt werden, dass mit *Caritas in Veritate* das Zeitalter päpstlicher Sozialenzykliken zu Ende gegangen sei. *Elmar Nass* (Aachen) widersprach dieser Einschätzung. Für ihn sind Sozialenzykliken als sich ergänzende Steine in einem Mosaik zu verstehen. Er analysierte die beiden Enzykliken mit dem Dreischritt: Normenbegründung, Regeln und Tugend. In *Quadragesimo Anno* gehe es darum, eine eigene Idee von Ordnung als Vision zu entwerfen und konkrete Regeln zu bestimmen, für deren Umsetzung durch Gesetze der Staat verantwortlich sei. Dadurch solle sozialer Frieden gesichert und eine Lebensführung nach christlichen Grundsätzen ermöglicht werden. In *Caritas in Veritate* sei eine Vision globaler Ethik verwirklicht. Es gehe darum, eine universal gültige Metanorm zu entwerfen, die der Papst leitmotivisch anhand der Begriffe Liebe und Wahrheit als sich komplementär ergänzendem Grund aller Normen entfalte. Hinter der Finanzkrise, auf die keine konkrete Antwort gegeben werde, stehe eine Krise der Ethik. Nur mit der Tugend der Liebe sei es möglich, die Norm und die Konsequenzen der Norm zu erkennen. In der anschließenden kontroversen Diskussion ging es insbesondere um die Verhältnisbestimmung von Liebe und Gerechtigkeit sowie um weitere mögliche Lesarten der Enzykliken.

3 FINANZMARKT: MEHR SOZIALVERANTWORTUNG DURCH REGULIERUNG

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von *Hans-Peter Burghof* (Bankwirtschaftler aus Hohenheim) zu den wirtschaftsethischen Grundfragen der Finanzkrise. Aus pragmatischer Sicht als gelernter Banker und Professor für Bankwirtschaft erläuterte er anhand praktischer Beispiele die aus seiner Sicht geringen Spielräume für ethisches Handeln in der Wirtschaftspraxis. Ursächlich für die Finanzkrise sei das Versagen der Ratingagenturen gewesen, die Wertpapiere ohne ausreichende Prüfung als positiv bewertet haben. Sie hätten jedoch keinen Anreiz zu einer gründlicheren Prüfung gehabt, da das Risiko

einer Bestrafung für eine Fehleinschätzung gering gewesen sei. Die Entlohnung durch hohe Bonizahlungen habe ebenfalls Fehlanreize gesetzt. Die Finanzkrise sei eine Krise aus Pflichtvergessenheit. Jetzt komme es darauf an, Rahmenseetzungen zu schaffen, in denen ethisches Verhalten wirksam werden könne. Für unverzichtbar hält Burghof eine unabhängige Bankenaufsicht, die aus ihrem Selbstverständnis heraus pflichtbewusst arbeite. Er setzt auf Kompetenz, Autonomie und Vertrauen anstelle der oft geforderten politischen Kontrolle und schlägt vor, aus der Krise zu lernen, wie das System menschengerecht und zugleich effizienter gestaltet werden könne. *Clemens Dölken* (Magdeburg) identifizierte in seinem Korreferat den ruinösen Wettbewerb der Banken um Kredit- und Anlagekunden sowie um Banker über hohe Bonizahlungen als Ursache der Finanzkrise. Er schlug vor, die Verbreitung riskanter Wertpapiere über eine produktabhängige Steuer zu begrenzen bzw. ganz zu verhindern.

Bernhard Emunds (Frankfurt a. M., St. Georgen) referierte über die Regulierung der Finanzmärkte aus Sicht der politischen Wirtschaftsethik. Er deutete die Finanzkrise als Folge zweier Fehlentwicklungen: der zu hohen Akkumulation von Risiken und der zu großen Geldvolumen auf den Vermögenmärkten. Die Finanzkrise stelle eine grundlegende sozialetische Herausforderung dar, weil weder die Funktionserwartungen noch weitergehende normative Ansprüche, wie allgemeiner Wohlstand, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, vom Finanzsystem erfüllt worden seien. In der Finanzkrise habe sich gezeigt, dass bestehende Regulierungsvorschriften ständig umgangen worden seien, dass die Regierungen bei der Schließung von Regulierungslücken sehr zurückhaltend waren, die Politik nicht gewagt habe, sich großen Banken entgegenzustellen, und dass Banken nicht einmal ihr langfristiges Eigeninteresse verfolgten, wenn sie nicht reguliert werden. Daher schlug *Emunds* die Einführung eines „Finanz-TÜV“ für neue Produkte und die Zerschlagung großer Banken vor, insbesondere die Trennung zwischen Vermögensverwaltung und Investmentbanking in unterschiedlichen Banken. Eine Finanztransaktionssteuer sei eine Möglichkeit, die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten zu beteiligen. Zusätzlich sollte eine gesellschaftliche Kontrolle des Marktes stattfinden, die Berufsverbände der Banker sollten ein professionelles Ethos entwickeln. Es bedürfe geeigneter Strukturen, die eine Unternehmenskultur ermöglichen, die auf langfristigen statt auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet sei.

André Habisch (Eichstätt) sieht als eine Ursache der Krise die wirtschaftsethische Enthaltensamkeit der christlichen Sozialethik. Zudem gehe es nicht an, dass ein Ökonomiestudium ohne ethische Reflexionen möglich sei. Dies solle sich durch die Einrichtung von Ethik-Lehrstühlen an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten ändern. Auch die Möglichkeit der Banken, seit 2002 Unternehmensanteile steuerfrei zu veräußern, habe zur Finanzkrise beigetragen. Die Globalisierung der Finanzmärkte sei politisch gewollt und vorangetrieben worden. Das Phänomen der absinkenden Grenzmoral war beobachtbar: Wenn eine Gruppe ein Mindestniveau von Moral kurzfristig unterbietet, nimmt die Moral aller ab, denn viele kooperieren nur dann, wenn genug andere dies auch tun. Habisch schlägt dagegen eine Stärkung der Selbstregulierungskräfte der Finanzmärkte vor: Markenbildung zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit und Selbstregulierung von Berufsgruppen.

Joachim Wiemeyer (Bochum) erläuterte die Entwicklung der Boni und Managervergütungen bei deutschen Banken. Während die Managervergütungen von 1960 bis 1990 etwa bei dem 30- bis 40-Fachen des Gehaltes eines normalen Bankmitarbeiters lagen, sind sie seit einer Übernahme einer amerikanischen Bank sprunghaft auf das 240- bis 320-Fache angestiegen. Zu kritisieren sei an der Höhe der Vergütung, dass sie nicht als sozial gerecht empfunden werde und daher den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde. Die Vergütung sei nicht leistungsgerecht, denn sie garantiere eine hohe Erfolgsbeteiligung ohne jedoch bei Verlusten eine Haftung zu beinhalten. Als Reaktion auf die Kritik werden folgende Maßnahmen diskutiert, die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern zu beschränken, bei der Festlegung der Managergehälter die Zustimmung der Belegschaft

einzuholen und bei den Gehältern den Anteil von festen und variablen Gehaltsanteilen umzukehren, sodass der Hauptanteil festliege. Zudem solle eine Haftung für eintretende Schäden eingeführt werden.

Wolf-Gero Reichert (Frankfurt a. M., St. Georgen) beschäftigte sich mit dem Ethos des Investmentbankings und den Implikationen für eine Strategie der prudenziellen Regulierung. Es gebe ein fundamentales Interesse der Öffentlichkeit an einem funktionierenden Finanzmarkt, da eine funktionsfähige und elastische Geldversorgung benötigt werde. Das Berufsethos des Investmentbankings sei institutionenethisch auf einer mittleren Ebene zwischen Spielregeln und Spielzügen angesiedelt. Es sei ein funktionales Ethos, das Markteffizienz herstelle und damit zum Gemeinwohl beitrage. Die Berufsverbände sollten in die qualitative Regulierung einbezogen werden.

Klaus Gabriel (Wien) untersuchte die Produkte der Banken und den Konsumentenschutz. Die Finanzmärkte seien komplex und intransparent geworden und daher nicht mehr kontrollierbar. Ebenso seien die Produkte komplex und undurchschaubar geworden. Sie seien auf die Ertragsoptimierung der Bankangestellten und nicht der Kunden ausgerichtet. Aus ethischer Sicht gebe es folglich Handlungsbedarf. Mehr Transparenz und Aufklärung, beispielsweise auch durch unabhängige Beratungsstellen, seien nötig.

In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere überlegt, wie mehr Transparenz und verantwortliches Handeln im Bankenbereich zu erreichen seien. Dabei könnten Best-Practice-Beispiele eine wichtige Rolle spielen.

In einer öffentlichen Abendveranstaltung in Kooperation mit der katholischen Akademie diskutierten *Hans-Peter Burghof*, *Frank Schäffler* (FDP MdB) und *Bernhard Emunds* unter Moderation von *Mavia-Luise Schneider* das Thema „Globaler Finanzmarkt: Wer bestimmt die Regeln? Was hat uns in die Krise geführt und welche Gegenmaßnahmen wären geeignet?“ Während die Referenten der Tagung ihre Hauptargumente wiederholten, erläuterte Schäffler seine Position. Er hielt insbesondere ein Instrument für erforderlich, das mittelgroße Banken vor einem Zusammenbruch schützt. Dieses solle von den Banken selbst gemäß einem Versicherungsmodell finanziert werden. Über die Managergehälter solle auch die Hauptversammlung der Aktionäre beraten. Die Geldmenge müsse begrenzt werden. *Emunds* betonte, dass die Finanzwirtschaft wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt und die Verursacher an den Kosten der Beseitigung der Krise beteiligt werden müssten.

4 KRISE UND ENTWICKLUNGSLÄNDER: MEHR SOZIALETHISCHES ENGAGEMENT NÖTIG

Am dritten Tag zeigte *Gerhard Kruip* (Mainz) anhand von Grafiken und Tabellen anschaulich die starken Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer auf: sinkende Exporte, Kapitalabflüsse und sinkende Rücküberweisungen von Migranten und Migrantinnen sowie weitere negative Folgen, die sich aus der Krisenbekämpfung in den Industrieländern ergeben. Dadurch verschärfe sich die Dauerkrise der Entwicklungsländer und etwa 50 bis 100 Millionen Menschen zusätzlich seien von Armut bedroht. *Kruip* führte verschiedene ethische Ansätze an und stellte fest, dass die Industrieländer zur Wiedergutmachung des verursachten Schadens verpflichtet seien. Zumindest müssten sie ihre Zusagen über Entwicklungsleistungen einhalten und die Voraussetzungen schaffen, dass sich solche Krisen nicht wiederholen.

Brigitta Herrmann (Köln/Frankfurt) ergänzte die Ausführungen von *Gerhard Kruip* und beleuchtete insbesondere die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Mikrofinanzierung in Entwicklungsländern. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung habe keinen Zugang zu normalen Finanzdienstleistungen. Damit Arme dennoch eine produktive Tä-

tigkeit aufnehmen könnten, sei daher die Bereitstellung von kleinen Krediten durch Mikrofinanzinstitutionen nötig. Diese seien umso weniger von der Finanzkrise betroffen, je weniger Kredite sie im Ausland und in ausländischer Währung aufgenommen haben und je mehr sie Mikrounternehmen unterstützen, die Güter des täglichen Bedarfs herstellen, da die Nachfrage nach diesen Gütern auch in der Krise relativ stabil bleibt. In der Finanzkrise könnten Mikrofinanzinstitutionen von Liquiditäts- und Kreditrisiken betroffen sein und müssten deshalb die Kommunikation mit ihren Investoren und Kunden/Kundinnen intensivieren. Wegen der Integration der Entwicklungsländer in die internationalen Finanzmärkte sowie wegen der wirtschaftlichen Rezession in Industrie- und Schwellenländern wirke sich die Finanzkrise auf Entwicklungsländer aus. Mit den Prinzipien der katholischen Soziallehre und mit den Menschenrechten könne das Erfordernis begründet werden, negative Folgen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer zu vermeiden. Aus Sicht der Entwicklungsländer seien eine Devisentransaktionssteuer, die Schließung von Offshore-Zentren, erweiterte Mitspracherechte bei IWF und Weltbank sowie eine selbstständige Entscheidung jedes Landes darüber, ob der eigene Finanzmarkt liberalisiert wird, wünschenswert. Zusätzlich sei der verstärkte Ausbau eines unabhängigen Mikrofinanzwesens sinnvoll.

5 DIE ROLLE DER KIRCHE IN DER KRISE

Wilhelm Guggenberger (Innsbruck) referierte über die Rolle der Kirche in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Er spezifizierte kirchliche Aufgaben in der aktuellen Situation. Diese bestehen in einer Hierarchisierung der Werte, einer Sensibilisierung für Verantwortung und gelebter Praxis. Erster Adressat der Soziallehre sei die Kirche selbst. So sei es beispielsweise wichtig, zu untersuchen, ob die Pensionsvorsorge der Diözesen nach ethischen Kriterien angelegt sei. Es gehe nicht nur um Output, sondern auch um Outcome, ein Mehr an Lebensqualität. *Arndt Küppers* (Freiburg) fragte sich in seinem Korreferat, wie die Hierarchie der Werte heute erkennbar und kommunizierbar sein könne. In der Krise komme der Option für die Armen eine noch größere Bedeutung zu. Die Kirche müsse eine anwaltliche Funktion wahrnehmen und auch der Heilige Stuhl sollte seine Einflussmöglichkeiten bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen geltend machen.

6 ORGANISATORISCHES

Während des Werkstattgesprächs wurde eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Katholisch Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) unter ihrem neuen Leiter *Peter Schallenberg* und der AG Sozialethik vereinbart. In den neu zu gründenden Beirat der KSZ können 5 Mitglieder der AG Sozialethik entsandt werden. Es wurde vereinbart, beide Jahrestagungen beizubehalten.

Das zwölfte Werkstattgespräch Sozialethik wird vom 21. bis 23. Februar 2011 in der Katholischen Akademie Berlin zum Thema „Theologie (in) der Sozialethik“ (Arbeitstitel) stattfinden. Die Vorbereitungsgruppe besteht aus: Ingeborg Gabriel, Werner Veith, Peter Schallenberg, Arnd Küppers und Markus Vogt.